Beschluss des Landrats vom 07.05.2026

Nr. 1751

44. Swisspeace: Baselland unterstützt Friedensförderung

2025/370; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Marc Schinzel (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion sei gegen die Überweisung dieses Postulats und dies aus guten Gründen. Betrachtet man die finanzielle Situation von Swisspeace, zeigt sich, dass ein Beitrag aus dem Kanton Basel-Landschaft überflüssig ist.
Postulant Fredy Dinkel sagt, Swisspeace drohe mittelfristig eine Streichung der Bundesfinanzierung. Mit dem Kantonsbeitrag von Basel-Landschaft sei das Erfordernis für die Bundesfinanzierung gemäss Artikel 15 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation noch nicht eingehalten. Es müssten sich noch weitere Kantone oder Gemeinwesen an Swisspeace beteiligen. Diese Annahme ist praktisch falsch. Sie wird von der Bundesseite auch entkräftet. Auf Anfrage des Magazins Audiatur-Online hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) geantwortet: «Die Bedingungen einer Förderung von Swisspeace gemäss Artikel 15 des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation werden jährlich vom Staatssekretariat geprüft. Swisspeace hat diese Bedingungen in den vergangenen Jahren stets erfüllt. Die Summe der weiteren Unterstützungsbeiträge war höher als der Bundesbeitrag nach Artikel 15 des betreffenden Gesetzes.»
Das Staatssekretariat bestätigt zudem, dass es Swisspeace auch in den kommenden Jahren weiterhin im bisherigen Umfang unterstützen wird. Und nein, es gibt keine Pflicht für Kantone, gleich viel wie der Bund zu zahlen.
Wie üppig die von der öffentlichen Hand gesprochenen Mittel für Swisspeace sind, wird nun erläutert: Allein als Sockelbeiträge erhielt Swisspeace im Jahr 2024 vom EDA CHF 925’000.–, dann CHF 777’000.– vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation, CHF 408’000.– vom Kanton Basel-Stadt und CHF 81’700.– von der Universität Basel. Total macht das CHF 2,192 Mio. Sockelbeiträge im Jahr 2024. Dazu kamen in den letzten 10 Jahren durchschnittlich jährliche Projektbeiträge vom Bund von CHF 2 Mio..
Swisspeace ist ein assoziiertes Institut der Universität Basel. Der Kanton Basel-Landschaft trägt die Universität bekanntlich mit und leistet also auch darüber bereits einen Beitrag an Swisspeace. Damit aber nicht genug der Baselbieter Beiträge: Auch der basellandschaftliche Swisslos-Fonds finanziert Swisspeace-Projekte reichlich. Von 2022 bis 2024 erhielt das Institut CHF 219’000.– aus dem Swisslos-Fonds. Für das laufende Jahr reichte Swisspeace bereits wieder ein neues Projekt ein. Also auch da funktioniert die öffentliche Finanzierung prächtig.
Fakt ist: Swisspeace wird heute bereits zu über 50 % staatlich finanziert. Die generierten Spendenbeiträge von Privaten sind dagegen eher bescheiden. Bei einem Gesamtvolumen von ca. CHF 7,5 Mio. macht das etwa CHF 56’000.– aus. Von den rund CHF 7,5 Mio. Gesamteinnahmen von Swisspeace – alle Zahlen beziehen sich auf 2024 – wurden über CHF 4,3 Mio. allein für Löhne ausgegeben. Swisspeace hat rund 80 Angestellte mit über 52 Vollzeitäquivalenten.
Nun zu einem persönlichen Punkt: Wenn Marc Schinzel im Parlament Geld bewilligen sollte, dann erwartet er, dass es zweifelsfrei gut eingesetzt wird. Im Nahen Osten, seit Jahren eine Schwerpunktregion von Swisspeace, hat sich die Organisation aber leider einen Bias zugelegt, eine antiisraelische, aktivistische Schlagseite. Das sieht, wer sich näher mit den Projekten dieser Organisation befasst. Das Projekt, das zusammen mit der Islamischen Universität Gaza vom 1. Januar 2022 bis 30. Juni 2023 gelaufen ist, also bis drei Monate vor dem blutigen Massaker der Hamas am 7.

Oktober 2023, ist ein Beispiel, das diesen Bias zeigt. Es wurde im Rahmen dieses Projekts gesagt, dass man sich besorgt gezeigt hat, dass der Friedensförderungskurs «als Vorantreiben einer Normalisierungsagenda interpretiert werden könne». Was denn sonst bei der Friedensförderung? Und in derselben Zeit haben Leute, die auch an dieser Universität ein- und ausgegangen sind, das Massaker in Israel vorbereitet. Es werden auch von verantwortlichen Leuten in den sozialen Medien – zwar als Privatperson, nicht in ihrer Eigenschaft als leitende Personen von Swisspeace – Beiträge weiterverbreitet von Leuten, die israelisch-zionistische Siedlerfirmen und den israelischen Präsidenten Herzog als «genozidalen Psychopaten» bezeichnet. Marc Schinzel erwartet mehr Sensibilität, wenn man Friedensförderung betreiben möchte.
Swisspeace erhält bereits heute viel Geld vom Kanton Basel-Landschaft, über die gemeinsame Universität und den Baselbieter Swisslos-Fonds, der deutlich über CHF 200'000.– Projektbeiträge geleistet hat in den letzten Jahren. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass Swisspeace quasi in öffentlichen Geldern schwimmt. Der Bund wird seine Beiträge in den nächsten Jahren nicht kürzen, er wird sie im bisherigen Umfang weiterleisten. Das wurde bestätigt vom zuständigen Staatssekretariat. Somit ist ein Sockelbeitrag vom Kanton Basel-Landschaft, wie im Postulat gefordert, weder nötig noch sinnvoll. Würde dies zusätzlich zu allen anderen Geldern geleistet, wäre das wirklich Wasser in den Rhein getragen. Unsichere Ratsmitglieder, die die gute Sache sehen, werden gebeten, das Postulat ebenfalls abzulehnen.

Markus Graf (SVP) hat seitens der SVP-Fraktion nicht mehr viel zu ergänzen. Auch sie wird das Postulat nicht überweisen. Schuld am jetzigen Zustand trägt nicht der Landrat, sondern Swisspeace selbst durch die Aussagen von Direktor Goetschel. Es ist auch ganz klar zu sagen: Wer eine nachweislich terroristische Organisation verharmlost und ein Hamas-Verbot als demokratiegefährdend einstuft, ist einfach am falschen Ort – und das zeigt, dass einiges falsch läuft. Solange sich an dieser Situation und personell in dieser Institution nichts ändert, wird die SVP niemals mehr Geld für Swisspeace sprechen.

Fredy Dinkel (Grüne) reagiert zuerst auf das ausführliche Plädoyer von Marc Schinzel und danach auf sein Postulat. Zu 90 % hat Fredy Dinkel dieselben Informationen erhalten wie Marc Schinzel und zwar vom Journalisten David Klein, der für Audiatur-Online schreibt. Vielleicht kann man dazu noch sagen, dass das derselbe Journalist ist, der im Vorfeld einer AFP-Diskussion vor zwei Jahren die Meinung verbreitet hat, Swisspeace sei antisemitisch. Das hatte damals ebenfalls zu einem Plädoyer von Marc Schinzel geführt. Fast mit Tränen in den Augen betonte er damals, wie schlimm und antisemitisch Swisspeace sei. Zwei Tage später gab es ein Interview mit Alfred Bodenheimer, einem jüdischen Mitbürger und Direktor des Zentrums für jüdische Studien, im jüdischen Magazin Tachles – also nicht unbedingt antisemitisch, sondern eher jüdisch geprägt. In diesem Interview sagte er, dass die Aussagen von Laurent Goetschel überhaupt nicht antisemitisch aufgefasst worden seien. Es sei eher gefährlich, wenn jemandem Gelder gestrichen werden, weil er in einer Diskussion einen anderen Standpunkt einnimmt. Lösungen findet man nicht, indem man nicht im wissenschaftlichen Kontext diskutiert. Antisemitisch ist bei Swisspeace also überhaupt nichts. Man kann sich nun fragen, ob man eher diesem Journalisten glauben möchte, der übrigens wegen übler Nachrede verurteilt wurde, oder Alfred Bodenheimer. So viel zu Marc Schinzels Votum. Tatsache ist, dass die Bundesbeiträge alle vier Jahre überprüft werden. Für die nächsten ein oder zwei Jahre stimmt die Aussage also. Bei einer Überprüfung kann es aber zu einer Kürzung kommen – das ist die Realität.
Antisemitismus geht nicht, das ist gar keine Diskussion, aber Swisspeace zeichnet sich eben nicht dadurch aus, sondern durch ganz viele tolle Projekte in Myanmar, in Südamerika, in Mittelamerika zu Themen wie Mediation und Vergangenheitsbewältigung. Es wird also wirklich sehr wertvolle Friedensarbeit geleistet. Diese Unterstützung ist wichtig und bei Friedensarbeit geht es primär um die Menschen und den Frieden. Es geht aber auch um das Ansehen der Schweiz und um Handel.

Fredy Dinkel hat in den letzten 30 Jahren viele Projekte in Krisen- und Schwellenländern durchgeführt. Von der Ukraine bis Sri Lanka, von Vietnam bis Costa Rica, in Südamerika, in vielen Ländern, nicht im Friedensbereich, aber im Umweltbereich. Diese Projekte wurden meistens vom Seco finanziert. Das wurde nicht getan, weil dort nur grüne Gutmenschen sind, die meinen, wenn Fredy Dinkel ein paar Leuten beibringt, eine Ökobilanz zu machen, wird dadurch die Welt gerettet. Nein, die Projekte wurden finanziert, weil solche Engagements die Stellung der Schweiz in der Welt stärken und einen Beitrag zum wirtschaftlichen Austausch leisten. Immer wieder hatte der Postulant Kontakt mit Botschaften und Regierungen und hat gesehen, dass genau solche Projekte, sei es ein Friedensprojekt, sei es ein Entwicklungsprojekt, sei es ein ökologisches Projekt, ganz viel bringen.
Man kann sich schon fragen, ob der Kanton Basel-Landschaft dies auch tun muss oder ob es sich um eine Bundesaufgabe handelt. Hierzu ist zu sagen, dass 75 % der Gelder von Swisspeace ganz spezifisch auf Projekte ausgelegt sind: Jemand möchte ein Projekt und erteilt den entsprechenden Auftrag. Dann wird aber auch Grundlagenforschung betrieben. Gerade im Friedensbereich ist das wichtig. Für solche Dinge kann ein Beitrag eines Kantons, der dann eben noch erweitert wird vom Bund, wichtig sein. Gerade in der heutigen Zeit der Krisen sollte es dem Kanton Basel-Landschaft wert sein, 60 Rappen pro Person und Jahr zu investieren. Alles andere wäre ein Armutszeugnis. Die Landratsmitglieder werden gebeten, dem Postulat zuzustimmen.

Tim Hagmann (GLP) sagt, die GLP-Fraktion unterstütze grossmehrheitlich die Überweisung des Postulats. Man sieht eine Welt mit verschiedensten internationalen Brennpunkten, mit direkten und indirekten Auswirkungen auf die Baselbieter Bevölkerung. Swisspeace leistet wertvolle Arbeit nicht nur im Nahen Osten, sondern an verschiedensten Orten in Syrien, Kamerun, Äthiopien, Südsudan, Afghanistan und Kolumbien. Wir sind stolz darauf, dass wir an unserer Universität ein Institut haben mit nationalem und sogar internationalem Charakter, das Wirkung erzeugt. In dem kleinen Bereich des Möglichen ist das unterstützenswert und die GLP-Fraktion glaubt, dass die CHF 200’000.– gut eingesetzt sind. Es gibt eine Minderheit in der GLP-Fraktion, die teilweise die Argumente, die von der FDP aufgebracht wurden, unterstützt.

Gzim Hasanaj (Grüne) erinnert sich an die Diskussion vor eineinhalb Jahren, als die Erhöhung des Beitrags gekippt wurde. Marc Schinzel hatte damals sogar den Antrag für die Erhöhung mitunterzeichnet, kippte dann aber in den Tagen darauf aufgrund der vermeintlichen Aussagen des Institutsleiters. Marc Schinzels damalige Voten haben auch Gzim Hasanaj beeinflusst, da er diese Aussagen auch problematisch fand. Swisspeace hat sich dem Landrat vorgestellt und der Reder machte sich selbst ein Bild davon und stellte Fragen. Diese Personen haben einen absolut integren und professionellen Eindruck gemacht.
Marc Schinzel argumentierte stark mit Zahlen. Klammern wir diese für einen Moment aus. Worum geht es eigentlich? Es geht um Friedensförderung, und die aussenpolitisch affinen Menschen im Saal seien gefragt, wer sich aktuell als Friedensförderer verkauft. Es gibt einen orangefarbenen Möchtegern-Friedensapostel (jede Ähnlichkeit mit realen Personen ist zufällig). Dieser delegiert die Friedensförderung an Schwiegersöhne, Geschäftsfreunde oder Immobilienmakler. Jeder, der sich mit der Materie auseinandergesetzt hat, weiss, dass sein Mentor und Förderer der Anwalt Ray Cohn war, der zu Beginn seiner Karriere für die Mafia tätig war. Wer sich heute für Frieden einsetzt, nutzt hierzu Mafiamethoden. Sie versuchen, die Schwachen zu erpressen und unter Druck zu setzen und so zu irgendwelchen Ergebnissen zu kommen. Die Schweiz war immer stark als Unterhändlerin in Verhandlungen und diese Kompetenz gilt es beizubehalten.
Ein Kanton in der Region, in der dieses Institut beheimatet ist, muss dieses auch unterstützen. Letztendlich kommt dies der ganzen Schweiz und hoffentlich der ganzen Welt zugute. Vielleicht wird ein Mitarbeitender dieses Instituts in der Zukunft zu einem Diplomaten, der in echten Verhandlungen eine Rolle übernimmt und nicht mit Mafiamethoden Friedensforderungen betreibt.

Adil Koller (SP) möchte inhaltlich nicht allzu sehr auf diesen Vorstoss eingehen. Er kann sich allen Aussagen anschliessen, bis zum Votum von Marc Schinzel. Dieser hat die ganze Zahlenlandschaft auseinandergenommen. Das zeigt aber eigentlich nur, dass so ein Forschungsinstitut von Pontius zu Pilatus gehen muss, bis es seine Finanzmittel zusammen hat. Das ist eine extrem aufwendige Arbeit für solch ein Forschungsinstitut, auch wenn es sich um ein weltweit renommiertes handelt. Zwei Drittel der Finanzmittel von Swisspeace sind Projektbeiträge. Diese Projekte mussten einzeln eingeworben werden. Die öffentliche Hand hat gemäss Bundesgesetz die Forschungsinstitute von nationaler Bedeutung zu unterstützen und zu tragen. Natürlich hat der Kanton Basel-Landschaft nicht eine singuläre Verpflichtung, aber er tut gut daran, weil er die Forschungsarbeit von Swisspeace kennt. Diese Organisation ist von der Subsahara bis Afghanistan, von Kolumbien bis Syrien auf der ganzen Welt tätig und unterstützt Friedensbemühungen. Mit einem zusätzlichen Grundlagenbeitrag könnten die wichtigen Ausbildungs-, Mediations- und Vergangenheitsbewältigungs-Arbeiten etc. mit einer anerkannten Expertise vorangetrieben werden. Darum geht es in diesem Vorstoss, und das kann man gut finden oder nicht. Gegenüber dieser Ohnmacht, die man hat, wenn man Medien konsumiert und schaut, was auf der Welt alles passiert, und zur Haltung gelangt, dass man nichts tun kann ausser sich zurückzulehnen, kann man sagen: Doch, man hat eben eine Möglichkeit, wie man über Friedensbemühungen einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, dass sich die Menschen besser verstehen. Deshalb ist Adil Koller absolut für die Überweisung des Postulats. Dieser ganz kleine Betrag würde dem Kanton Basel-Landschaft gut anstehen und wäre wichtig für diese Institution.

Nadim Ismail (SP) hat gestern gelesen, dass es im vergangenen Jahr so viele bewaffnete Konflikte auf der Welt gebe wie seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr. Swisspeace ist weltweit tätig und unser Beitrag als reiche Gesellschaft ist hier nur ein kleiner Beitrag an den Frieden auf dieser Welt. Die Mitarbeitenden sind hochprofessionell und haben sich dem Landrat vorgestellt. Es war beeindruckend zu hören, wo und wie sie überall aktiv und erfolgreich arbeiten können.
Jeder kleine Konflikt, der sich vermeiden lässt, ist auch gespartes Geld, denn der ganze Wirtschaftskreislauf läuft schlussendlich Hand in Hand. An Marc Schinzel: Verfehlungen können überall stattfinden. Aus diesem Grund überreicht Nadim Ismail ihm eine Mandarine, die er heute Morgen einem Früchtekorb im Regierungsgebäude entnommen hat. Marc Schinzel darf den Anwesenden gerne mitteilen, von wo diese Mandarine kommt und wie ihr wirtschaftlicher Hintergrund ist.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) möchte ebenfalls an die Präsentation von Swisspeace im vergangenen Jahr erinnern. Viele Landratsmitglieder haben daran teilgenommen und gesehen und gehört, dass Swisspeace eine wertvolle Arbeit leistet. Es ist aber auch bekannt, dass sich Swisspeace im Zusammenhang mit dem Skandal mit einigen Mitarbeitenden entschuldigt hat. Das darf man nicht vergessen.
Die Arbeit für den Frieden wird immer wichtiger, das zeigt die geopolitische Situation mit all ihren Verwerfungen jeden Tag immer deutlicher, vor allem wenn zukünftig Friedensverhandlungen nur noch als Deal betrachtet werden. Die Arbeit von Swisspeace hängt wie viele andere Institutionen auch von der Finanzierung durch diverse Player ab. Unabhängig davon, wie und ob die Finanzierung durch den Bund von der Zahlung seitens Kanton abhängt, so ist doch hier der Betrag wichtig, um den Frieden zu fördern. Momentan hängt der Frieden von erratischen Entscheidungen gewisser Personen ab, die für sich über Krieg und Frieden entscheiden.
Wenn es wirklich so problematisch wäre mit Swisspeace, hätte Béatrix von Sury erwartet, dass der Regierungsrat nicht bereit wäre, den Vorstoss entgegenzunehmen. Er ist aber bereit dazu, also kann es ja nicht ganz so falsch sein. Auch die anderen unterstützenden Institutionen wie der Bund können ja nicht ganz daneben liegen. Die Mitte-Fraktion wird jedoch den Betrag von CHF 200’000.– nicht unterstützen können. Der eine oder andere würde eventuell einem auf

CHF 100’000.– reduzierten Betrag zustimmen. Zumindest war das der Entscheid zum Zeitpunkt der Diskussion vor einigen Monaten.

Andrea Heger (EVP) bringt einen weiteren Aspekt ein. Es wurde gesagt, das Ansehen der Schweiz könnte bei einer Unterstützung gefördert werden, ebenso, dass die Wirtschaft profitiere. Heute Morgen gab es Voten, die in eine andere Richtung gingen und hier auch eine Lösung sein könnten: Es wurde gesagt, es werden zu wenig Menschen ausgeschafft, die hier dann viel kosten und für Dichtestress sorgen. Hier liegt eine Problemlösung vor, die wirklich hilft: Kann man präventiv oder nach Konflikten dank dieser Interventionen einen nachhaltigen Frieden fördern, gibt es weniger Fluchtgründe. Das hilft auch der Schweiz, indem man weniger Sorgen mit dem Kümmern um Menschen hat, die flüchten mussten. Das würde eigentlich gewissen Interessen, die heute Morgen geäussert wurden, entsprechen. Wer noch unsicher ist, soll das Postulat unterstützen und die Friedensgelder sprechen. Das dient eurem Anliegen.

Jacqueline Bader Rüedi (FDP) möchte weder die Arbeit kommentieren, die sicher gut gemacht werde, noch sollen die einen gegen die anderen ausgespielt werden. Die Rednerin bleibt bei den Zahlen. CHF 2,2 Mio. Sockelbeiträge, CHF 2 Mio. an Projektbeiträgen vom EDA – da wird sich der Aufwand in Grenzen halten: CHF 7,5 Mio. insgesamt. Davon werden CHF 4,3 Mio. für Löhne aufgewendet. Das ist mehr als die Hälfte. Mit Löhnen finanziert man einfach die Mitarbeitenden, damit ist aber noch überhaupt kein Swiss Peace gemacht. Natürlich müssen die ihren Arbeitsauftrag erfüllen, aber vor allem geht es darum, dass das Geld zur Unterstützung einer Organisation in die eigentliche Arbeit fliesst und nicht in die Löhne. Die Finanzierung findet zudem bereits in mehrfacher Hinsicht über Steuergelder statt, seien es Bundessteuern oder kantonale Steuern (via Universität). Dieser Verein braucht keine zusätzlichen CHF 200’000.–, er hat genügend Geld. Wo gehen die CHF 200’000.– hin? Vielleicht gibt es eine kleine Lohnerhöhung oder sonst ein Mittagessen oder einen Ausflug. Das braucht es einfach nicht.

Markus Graf (SVP) stellt fest, dass der Landrat in der Weltpolitik angelangt sei. Gzim Hasanaj hat recht: Es ist schlimm zu sehen, wer heute Friedensverhandlungen führt. Donald Trump wurde bereits erwähnt, Oberdemokrat Erdogan verhandelt beim Ukraine-Krieg, und im Iran vermittelt neuerdings Pakistan – auch eine blütenweisse Demokratie. All dies, obwohl die Schweiz eigentlich seit Jahren der Briefträger ist zwischen dem Iran und den USA spielt; warum wird sie nicht mehr wahrgenommen? Das ist eigentlich ganz einfach: Die Schweiz hat sich leider von ihrer Neutralität verabschiedet. Sie wird auf der Welt nicht mehr als neutral wahrgenommen. Vielleicht spielt hier Swisspeace halt auch eine Rolle.

Fredy Dinkel (Grüne) richtet sich an Jacqueline Bader: Wenn Menschen Mediationen durchführen, sollten sie dafür auch Lohn erhalten. Analysen zur Unterstützung von Regierungen zu erstellen, die aufzeigen, wie Konflikte aufgearbeitet werden können, das ist Friedensarbeit; das zeigt auch ein Blick auf die Zahlen von David Klein, für den übrigens eine Organisation wie HEKS antiisraelisch ist, weil diese unter anderem ein Spital betreibt, in dem nicht nur jüdische, sondern sogar auch palästinensische Opfer behandelt werden. Diese Quelle ist also mit Vorsicht zu geniessen. Die Löhne für diese Arbeiten sind Friedensarbeit. Das kann man also so lassen.
Überlegt man sich, wie viele Milliarden für Rüstung ausgegeben werden, dann sind die CHF 7,5 Mio. für den Frieden überschaubar. Wenn man nur einen Teil der Konflikte reduzieren kann, dann spart man wahnsinnig viel Geld. Es ist also eine lohnende Investition.
An Markus Graf: Fredy Dinkel hat in vielen Krisenländern gearbeitet. Die Schweiz ist nicht das einzige Land, das sich weltweit für den Frieden einsetzt. In Ländern wie Jordanien, Syrien, Sri Lanka, Bangladesch hat die Schweiz sehr positiv gewirkt. Das hat Fredy Dinkel direkt mitbekommen. Das hat unter anderem damit zu tun, was Swisspeace leistet.

Gzim Hasanaj (Grüne) dankt Fredy Dinkel für seine Antwort an Jacqueline Bader. Vielleicht nochmals auf zwei Sätze zusammengefasst: Bei Friedenspolitik geht es nicht darum, Regenbogenfahnen herzustellen oder Friedenstauben zu züchten, da geht es wirklich um Löhne und um Arbeit. Ein genauer Blick auf die Zahlen: Bei 80 Mitarbeitenden sind CHF 7,2 Mio. nicht so hoch. Man spricht von CHF 100'000 pro Arbeitsplatz inklusive aller Lohnnebenkosten. Vielleicht werden auch Doktoranden beschäftigt, aber grundsätzlich sind die Lohnkosten eher günstig. Bei 80 Mitarbeitenden sind das keine hohen Beträge.

Manuel Ballmer (GLP) findet es spannend. Lange wurde über Tempo 30 gesprochen, was kein Landratsthema ist, nun geht es um Welt- und Aussenpolitik. Manuel Ballmer fühlt sich auch genötigt, hier dazwischenzugrätschen, weil er aufgrund zweier Aussagen in Rage geraten ist. Jacqueline Bader stört sich derart daran, dass Swisspeace Löhne bezahlt. Man müsste sich vielleicht damit auseinandersetzen, was Swisspeace ist, was die Aufgabe ist, welche Berufsprofile dort arbeiten. Es ist ein Teil einer Universität, das ist Kopfarbeit, Denkarbeit, die normalerweise in Löhne resultiert. Würde man das Geld in Apéros oder Geschenke stecken, wäre es verwerflich. Einzig und alleine für Löhne soll das Geld ja ausgegeben werden. Es wird ja sogar noch sehr viel gemacht, indem die Projekte selbst akquiriert werden. Auch der Betrag ist angesichts der Anzahl Mitarbeitender nicht so schlimm. Man kann ja über die Art, was sie machen usw. unterschiedlicher Meinung sein, aber dass sich Jacqueline Bader derart über die Ausgabenstruktur des Instituts stört, ist wirklich nicht nachvollziehbar.
Dann zu Markus Graf, der sich offenbar Sorgen über die Stellung der Schweiz als weltweite Friedensförderin macht. Das Beispiel mit dem Iran ist schön. Denn auch hier hat Swisspeace eine schöne Daseinsberechtigung. Die spannenden und inhaltlich sehr wertvollen Aussagen von Laurent Goetschel zum Iran hat Manuel Ballmer sehr genossen. Dass die Schweiz und ihr Bundesrat – der sonst nicht in allen Belangen Manuel Ballmers Zustimmung erfährt – die Füsse stillhalten, ist sehr clever. Hinter den Kulissen läuft ganz viel Arbeit ab, die Markus Graf wahrscheinlich nicht bewusst ist und wo Know-How von Mitarbeitenden von Swisspeace einfliesst, das schlussendlich zu einem echten Frieden führt, der dann konstruktiv und nachhaltig ist. Dann hat die Schweiz dennoch ihren Anteil daran, auch wenn sie natürlich nicht gleich im Rampenlicht stehen möchte, wie das andere gerne haben.
Es ist zu hoffen, dass man nicht kleinlich ist und den Stolz auf die Institution teilt. Die Finanzierung immer wieder sicherzustellen, ist eine Belastung für die Mitarbeitenden. Die ganze Institution aufgrund einzelner schwarzer Schafe abzustrafen, ist falsch. Dem Postulat ist zuzustimmen.

Marc Schinzel (FDP) stellt fest, dass diese Debatte insgesamt geerdeter sei. Man weiss natürlich auch, von wo welche Argumente kommen. Diese Argumente wurden bereits ausgetauscht. Auch Marc Schinzel nahm an der Präsentation von Swisspeace teil. Das war interessant und es gab die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Die Argumente derjenigen, die das Postulat befürworten, sind verständlich. Marc Schinzel möchte nicht einfach alles in einen Topf werfen und schwarzweiss malen. Es gibt aber gewisse Fakten, über die man nicht hinwegschauen sollte. Ein Fakt ist halt das Finanzielle und es lässt sich sagen, dass Swisspeace nicht um jeden Franken kämpft. Es findet eine breite Unterstützung durch Bund, Uni Basel, Kanton Basel-Stadt und durch den Swisslos-Fonds Baselland statt. Über die Unibeiträge finanziert Basel-Landschaft ebenfalls bereits mit.
Wenn von CHF 7,5 Mio. deutlich über CHF 4 Mio. von der öffentlichen Hand stammen, kann man nicht sagen, dass eine Institution auf CHF 200'000.– vom Kanton Basel-Landschaft angewiesen ist. Dem ist nicht so. Die finanzielle Situation von Swisspeace ist gesichert und gut. Das Geld wird nicht benötigt. Es handelt sich auch nicht um einen Teil der Universität. Swisspeace ist ein assoziiertes Insititut. Zum Teil gibt es dort Mitarbeitende, die von der Universität angestellt werden und auch noch Löhne beziehen.
Friedensförderung und Konflikte im Nahen Osten sind sehr komplex und bewegen alle Menschen.

Ohne polemisch sein zu wollen, fehlt Marc Schinzel bei Swisspeace die Kritikfähigkeit. Es wurde nie eine Aussage vernommen, dass man sich vielleicht besser nicht so weit aus dem Fenster gelehnt hätte. Wer Friedensförderung betreiben möchte, muss doch mit beiden Seiten in Kontakt sein können. Wenn von Beginn an Israel praktisch ausgeblendet wird, kommt man nicht weiter. Deshalb ist es schon relevant, ob man sagt, dass man bei der Hamas genauer hinschauen muss, weil es doch Befreiungsaspekte gebe. Letztlich geht es um die Kritikfähigkeit und darum, dass man sich selber auch immer wieder hinterfragt, gerade wenn man in so einem heiklen Gebiet tätig ist. Swisspeace hat den Nahen Osten als Kernfeld und ein entsprechend sensibleres Vorgehen hätte Marc Schinzel erwartet. Projekte wurden weitergeführt, obwohl eigentlich gar kein Draht mehr bestand, bis es zur Explosion kam. Wichtig ist, dass wir uns alle ernst nehmen. Marc Schinzel muss äussern, was ihn bewegt.

://: Mit 43:35 Stimmen wird das Postulat überwiesen.